

Klar BURGDORF

Ausgabe September / Oktober 2015

Impressum:

V.i.S.d.P.: und Redaktion:
Michael Fleischmann
Satz:
Markus Hintze

Herausgeberin:
DIE LINKE Burgdorf
c/o Christine Gross
Im Felde 33
31303 Burgdorf
info@fleischmann-consult.de

DIE LINKE Burgdorf finden Sie auch im Internet unter www.die-linke-burgdorf.de. Neben Nachrichten aus Burgdorf, Stadtrat und Region liefern Schaltflächen auch Informationen zu wichtigen bundespolitischen Themen, über welche die Lei(d)medien oft nur sehr einseitig berichten.



Liebe Leserin, lieber Leser,

wie fast jedes Jahr im Spätsommer haben wir uns auch dieses Mal wieder entschlossen, eine Ausgabe unserer Zeitschrift herauszugeben, um Sie über Wichtiges

aus dem Burgdorfer Stadtrat zu informieren. Da in den vergangenen Monaten besonders viele Entscheidungen ergangen oder in Kraft getreten sind, die besonders viele Burgdorferinnen und Burgdorfer betreffen, haben wir unsere Zeitung zum ersten Mal von ehemals vier auf nun acht Seiten erweitert. Dank zahlreicher Spenden, für die ich mich im Namen der Burgdorfer LINKEN ganz herzlich bedanken möchte, war das möglich.

Wir berichten über den vergeigten Straßenumbau in der Innenstadt, die permanent steigenden Grundsteuern und Gebühren für die Kindertagesstätten oder die Weigerung von Politik und Stadtwerken, die seit Jahren rückläufigen Einkaufspreise beim Strom an die Burgdorferinnen und Burgdorfer weiterzugeben – nachdem jahrelang zuvor kräftig an der Preisschraube gedreht wurde.

Da sich Bürgermeister und Ratspolitiker/innen für ihr umgebautes Schwimmbad in der Presse haben feiern lassen, sind wir losgegangen und haben die Badegäste nach ihrer Meinung gefragt. Auch Umweltthemen spielen eine große Rolle. Wir berichten etwa über das vergiftete Trinkwasser des Burgdorfer Wasserwerks. Und wir berichten über den Skandal, dass sich Stadt und Kommunalpolitiker/innen beharrlich weigern, den Verursacher in Haftung zu nehmen und überfällige Trinkwasserschutzzonen rund ums Burgdorfer Wasserwerk auszuweisen, damit so etwas nie wieder passiert. Andere Beiträge informieren über Neues vom Radverkehr in Burgdorf, das sinnlose Plattmachen der Gudrun-Pausewang-Grundschule auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler und weitere Themen.

Ich wünsche Ihnen viel Interesse beim Lesen!

Ihr
Michael Fleischmann
Michael Fleischmann
Ratsherr

Innenstadt / Teurer Straßenumbau hat Ziele nicht erreicht



Aufenthaltsqualität sieht anders aus: Blechlawine in der Marktstraße.

gerzone werden“, regte er an. Außerdem müsse es beim Thema endlich eine umfassende Bürgerbeteiligung geben. Bürgermeister Alfred Baxmann (SPD) warnte daraufhin vor einer Fußgängerzone, weil dann die Innenstadt veröde. Nach Auffassung der LINKEN ist die Innenstadt schon verödet, weil kaum Fußgänger/innen, aber dafür umso mehr Autos unterwegs sind, welche die Marktstraße als Durchgangsstrecke nutzen.

Wahlbetrüger Alfred Baxmann

Wie es LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann vor vier Jahren voraussagte, hat der für viel Geld vollzogene Straßenumbau in der Innenstadt seine Ziele nicht erreicht. Der Autoverkehr nahm zunächst kaum ab und schwillt seit geraumer Zeit wieder an. Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt ist nach Meinung vieler nach wie vor nicht gegeben.

Mit Fußgängerzone kann die Innenstadt nur gewinnen

In der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause verlangte Fleischmann erneut, eine Fußgängerzone auf Probe in der oberen Marktstraße zwischen Post und Bäckerei Bosselmann einzurichten. „Wenn es gut läuft, könnte die gesamte Marktstraße zur Fußgän-

Vor vier Jahren hatte eine Bürgerinitiative eine Fußgängerzone in der Marktstraße gefordert und dafür in kurzer Zeit mehr als 1.000 Unterschriften gesammelt. Die Bürgerinitiative fand aber beim Gros der Kommunalpolitiker/innen kein Gehör. Stattdessen beschlossen SPD, Grüne, Wählergemeinschaft WGS und Bürgermeister im nicht öffentlichen Verwaltungsausschuss hinter verschlossenen Türen, die Straßen in der Innenstadt umzubauen. Noch nicht einmal der Rat durfte über eine für Burgdorf so wichtige Angelegenheit entscheiden – obwohl der Bürgermeister im vorausgegangenen Kommunalwahlkampf Bürgerbeteiligung und transparente Entscheidungen versprochen hatte. Michael Fleischmann bezeichnete ihn daraufhin als Wahlbetrüger.

Südstadt / Rat lässt Gudrun-Pausewang-Schule abreißen



Die Gudrun-Pausewang-Schule muss dran glauben, damit der Bürgermeister das freiwerdende Gelände als Wohnbauland vermarkten kann. Die Schüler/innen haben das Nachsehen.

Der Rat hat gegen die Stimmen von CDU und LINKEN beschlossen, die Gudrun-Pausewang-Grundschule in der Südstadt abzureißen und die Schüler ins Gymnasium zu verfrachten. Dort soll für viel Geld ein Neubau anstelle des bisherigen C-Traktes entstehen. Die Kostenschätzungen bewegen sich bei rund elf Millionen Euro. Etwas günstiger und die pädagogisch beste Lösung wäre gewesen, die marode Grundschule samt Sporthalle am bisherigen Standort in der Grünwaldstraße neu zu bauen. Das forderten Eltern- und Lehrer-Vertreter und LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann.

Das wollten aber Bürgermeister, SPD, Grüne und die Wählergemeinschaft WGS nicht, weil sie das frei werdende Gelände in der Grünwaldstraße als Wohnbauland vermarkten wollen. Grünen-Ratsfrau und einstige Pausewang-Lehrerin Maria Leykum enthielt sich bei der Abstimmung.

Proteste von Eltern und Lehrer/innen

Die CDU war lange Zeit wie die anderen Parteien für einen Umzug der Grundschüler ins Gymnasium und schwenkte erst kurz vor der entscheidenden Ratssitzung auf Fleischmanns Linie ein. „Wahrscheinlich hängt das mit den Protesten von Eltern und Lehrern gegen das Plattmachen der Schule zusammen“, vermutete der Linke in der Ratssitzung. Eltern und Lehrer/innen beider Schulen liefen Sturm gegen die Aufgabe der Schule in der Grünwaldstraße. Es gebe beim Umzug der Grundschüler ins Gymnasium viele neuralgische Punkte, für die sich keine zufriedenstellenden Lösungen abzeichneten, hieß es. Stichworte seien die schwierige Verkehrssituation, der sich abzeichnende größere Raumbedarf infolge der Rückkehr zu neun Schuljahren am Gymnasium und Probleme

mit Radabstellplätzen. Hinzu kämen Probleme mit dem Lärmschutz wegen verschiedener Pausenzeiten von Grundschulern und Gymnasiasten und ein größerer Raumbedarf infolge der Inklusion. Gemeint ist der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen.

Viel Geld für schlechteren Unterricht

„Die Stadt gibt viel Geld für eine drittklassige pädagogische Lösung“, kritisierte Michael Fleischmann die Entscheidung der Ratsmehrheit. „Ein gutes Bildungsangebot ist ein wichtiger Grund für Familien, nach Burgdorf zu ziehen. Dieser Standortfaktor nimmt nun Schaden.“ Dass die kommende Wohnbebauung in der Grünwaldstraße den „großen Wurf“ für die Südstadt und den verödeten Rubensplatz bringt, wie Bürgermeister und Ratsmehrheit behaupten, bezweifelte Fleischmann. „Sie glauben doch wohl selber nicht, dass nur durch ein neues Baugebiet auf einmal viele Menschen am Rubensplatz einkaufen werden, sodass sich dort Geschäfte rechnen“, sagte Fleischmann dem Bürgermeister. „Dafür ist heute der Motorisierungsgrad auch bei Seniorinnen und Senioren viel zu hoch. Die Leute werden mit dem Auto in die Innenstadt fahren, um einzukaufen, weil dort das Warenangebot ungleich besser ist.“

Altersgerechte Wohnungen nur für Betuchte

Bürgermeister und Rat loben sich seit geraumer Zeit für ihre Bemühungen, altersgerechte, barrierearme Wohnungen in Burgdorf zu bauen. Was sie nicht sagen: Die Wohnungen können sich nur solvente Rentner/innen leisten. Die Kaltmiete beim Wohnprojekt „Q+“ im Kreitwinkel in der Südstadt wird bei 9,30 Euro liegen. Altersgerechte Eigentumswohnungen sollen an der Ecke Goethestraße/Am Kahlen Lehn auch in der Südstadt entstehen. Die günstigste Wohnung wird nach Angaben des privaten Investors

knapp 220.000 Euro kosten. Die anderen sind für rund 450.000 Euro zu haben. DIE LINKE fordert, dass die Stadt baut, damit altersgerechte Wohnungen auch für Rentner/innen mit durchschnittlichen und geringen Einkünften bezahlbar sind. Schon heute erhalten rund 50 Prozent der Senior(inn)en weniger als 700 Euro Rente im Monat. Wegen der gegen die Stimmen der LINKEN beschlossenen Rentenkürzungen und des boomenden Niedriglohnssektors werden die Renten in Zukunft weiter deutlich sinken.

Schwimmbad / Badegäste unzufrieden mit Umbau und hohen Eintrittspreisen



Burgdorfer Schwimmbad nach dem Umbau: Vorne das enorm verkleinerte Schwimmbecken und dahinter der Nichtschwimmerbereich mit Wasserrutsche, für den es früher ein eigenes Schwimmbecken gab.

„Big“. So verteuerten sich die Jahreskarten von 130 auf 280 Euro. Die Badegäste waren auch insgesamt mit dem Umbau unzufrieden, weil das Schwimmbecken enorm verkleinert wurde. Ein Teil davon ist heute der Nichtschwimmerbereich, für den es früher ein eigenes Becken gab. Das Schwimmbecken sei dadurch häufig überfüllt, sodass ein ungestörtes Schwimmen nicht mehr möglich sei, kritisierten die Badegäste. Unsere Interviewerin konnte etwa beobachten, wie eine ältere Dame mit voller Wucht einen Spielball an den Kopf bekam - Action pur. Eine weitere Kritik betrifft die deutlich weniger gewordene Rasen- und damit Liege-Fläche. Man fühle sich wie eine „Ölsardine“, war mehrmals zu hören.

Burgdorfer/innen mit wenig Geld außen vor



Auch Kinder müssen deutlich höhere Eintrittspreise zahlen, die für viele unbezahlbar geworden sind.

Bürgermeister und andere Ratsparteien lassen sich seit geraumer Zeit in der örtlichen Presse für den Umbau des Burgdorfer Schwimmbades feiern. DIE LINKE hat das zum Anlass genommen, um in einer spontanen Umfrage unter den Badegästen die Stimmung einzufangen. Das Ergebnis war eindeutig: Die meisten finden die mit dem Umbau einhergehende drastische Erhöhung der Eintrittspreise „absolut unverhältnismäßig“.

So verteuerten sich die Jahreskarten von 130 auf 280 Euro. Die Badegäste waren auch insgesamt mit dem Umbau unzufrieden, weil das Schwimmbecken enorm verkleinert wurde. Ein Teil davon ist heute der Nichtschwimmerbereich, für den es früher ein eigenes Becken gab. Das Schwimmbecken sei dadurch häufig überfüllt, sodass ein ungestörtes Schwimmen nicht mehr möglich sei, kritisierten die Badegäste. Unsere Interviewerin konnte etwa beobachten, wie eine ältere Dame mit voller Wucht einen Spielball an den Kopf bekam - Action pur. Eine weitere Kritik betrifft die deutlich weniger gewordene Rasen- und damit Liege-Fläche. Man fühle sich wie eine „Ölsardine“, war mehrmals zu hören.

Geringverdiener/innen und Arbeitslose können sich die hohen Eintrittspreise nicht mehr leisten. Da auch die Ermäßigungstarife abgeschafft wurden, müssen sie statt wie früher 65 Euro heute 280 Euro für eine Jahreskarte zahlen - Geld, das die Betroffenen nicht haben. Das Nachsehen haben auch die Kinder. Heute zahlt jedes Kind,

egal wie der finanzielle Hintergrund ist, bei einer 100-Punktekarte 1,75 Euro für einen Badbesuch. Vorher waren es 1,03 Euro ohne und 53 Cent mit Ermäßigung. Bei dieser Preisgestaltung ist auch für viele Kinder aus armen Familien der Schwimmbadbesuch unerschwinglich geworden. Dieser wäre aber wichtig. Die Lebensretter von der DLRG warnen seit langem davor, dass immer mehr Kinder nicht mehr schwimmen können.

Auch vor diesem Hintergrund hat DIE LINKE im Rat beantragt, die hohen Eintrittspreise zumindest zum Teil rückgängig zu machen und die Ermäßigungstarife wieder einzuführen. Gegen den linken Antrag machte vor allem die SPD in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause mobil. Menschen mit wenig Geld hätten nach wie vor die Möglichkeit, einen ermäßigten Eintrittspreis zu zahlen, weil es den Familienpass der Stadt gebe, sagte SPD-Ratsfrau Christiane Gersemann. Niemand werde vom Badbesuch ausgeschlossen, meinte sie. Bei einer solchen Aussage lohnt es sich, genau hinzuschauen.

„Burgdorfer SPD ist sozial auf den Hund gekommen“

Was Gersemann nicht sagte: Vom Familienpass profitiert nur eine kleine Minderheit der Arbeitslosen und Geringverdiener/innen: Familien mit drei oder mehr Kindern, Alleinerziehende und Eltern mit einem behinderten Kind. Das heißt: Übliche Geringverdiener- und Arbeitslosen-Familien gehen ebenso leer aus wie Paare mit wenig Geld. Gleiches gilt für die vielen alleinlebenden Arbeitslosen und Geringverdiener/innen, die sich aufgrund ihres schmalen Geldbeutels die Gründung einer Familie gar nicht leisten können - und das ist das Gros der Betroffenen. Und selbst für die wenigen, die vom Familienpass profitieren, haben sich die Eintrittspreise seit der Anhebung mehr als verdoppelt. Mit Familienpass zahlen jetzt Erwachsene für die Jahreskarte 140 Euro. „Wer vor diesem Hintergrund meint, niemand werde vom Badbesuch ausgeschlossen, ist sozial auf den Hund gekommen“, betont LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann.

Strompreise der Stadtwerke müssen wegen fallender Bezugspreise deutlich sinken



Ratscherr Michael Fleischmann fordert nicht nur im Rat, sondern auch vor dem Eingang der Stadtwerke Burgdorf, die Energiepreise zu senken.

Vor dem Hintergrund deutlich fallender Einkaufspreise für Strom fordert DIE LINKE im Rat von den Stadtwerken Burgdorf, die fallenden Bezugspreise an die Kundinnen und Kunden weiterzugeben. Ratscherr Michael Fleischmann brachte hierzu einen Antrag in den Rat ein, der allerdings von allen anderen Parteien abgelehnt wurde. Die Stadtwerke Burgdorf haben in den vergangenen Jahren immer wieder, zum Teil drastisch die Strompreise erhöht. Alles sei teurer geworden, hieß es immer wieder zur Begründung. Seit längerer Zeit sinken nun aber die Bezugskosten für die Stromversorger. So lag der Preis, zu dem sie sich den Strom an der Strombörse beschaffen können, gegen Ende vergangenen Jahres bei rund 32 Euro pro Megawattstunde (MWh). Im Jahr 2012 waren es noch 50 Euro pro MWh. Auch die Belastung durch staatliche Abgaben erhöhte sich für die Stromanbieter kaum oder gar nicht. Mitte Oktober vergangenen Jahres gaben die Netzbetreiber gar bekannt, dass die EEG-Umlage, mit der die Ökostromreform bezahlt werden soll, erstmals seit ihrer Einführung vor 15 Jahren sinkt.

Verbraucherzentrale: zwei Cent pro Kilowattstunde runter

All diese Fakten führen auch im laufenden Jahr zu niedrigeren Kosten für die Energieversorger. Nach Auffassung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen ist deshalb eine Senkung der Kilowattstundenpreise um rund zwei Cent erforderlich. Doch die Stadtwerke Burgdorf haben bisher die sinkenden Kosten nicht an die Kundinnen und Kunden weitergegeben. „Das falsche Argument eines Stadtwerkesprechers, der Strompreis sei seit 1. Januar 2013 konstant geblieben und müsse deshalb nicht sinken, zieht nicht, weil seitdem der Einkaufspreis deutlich gefallen ist“, betont Michael Fleischmann. Die Stadtwerke befinden sich mit ihrer Preispolitik auf dem Rücken der Verbraucher/innen in schlechter Gesellschaft. Insgesamt gibt es in Deutschland rund 850 Grundversorger. Gerade mal ein Viertel davon hat die Strompreise geringfügig gesenkt.

Bahnhof-Westseite: Radabstellanlage erhält Käfig zum Schutz vor Diebstahl



Radabstellanlage auf der Westseite des Bahnhofs.

Endlich ist es soweit: Nachdem DIE LINKE im Rat jahrelang Druck gemacht hat, erhalten nun die Radabstellanlagen auf der Westseite des Bahnhofs einen Käfig zum Schutz vor Langfingern. Im Parkhaus auf der Ostseite sind diese Käfige schon vorhanden. Immer wieder ist es auf der Westseite in den vergangenen Jahren zu Diebstählen gekommen. Ratscherr Michael Fleischmann hatte vor drei Jahren zum letzten Mal beantragt, die Radabstellanlagen zu erweitern und mit einem sicheren Käfig zu umzäunen. Die Politiker im Umwelt- und Verkehrs-Ausschuss der Stadt erkannten zwar Handlungsbedarf, wollten dafür aber kein Geld geben. Herauskam aber wenigstens ein Appell an die Region als zuständiger Behörde für den Öffentlichen Nahverkehr, doch bitte die Fahrradkäfige komplett zu bezahlen.

Die Region hat sich nun bereiterklärt, die Abstellanlage auf der Westseite des Bahnhofs zu erweitern: Unterm Strich soll es 74 zusätzliche Abstellplätze geben. Im Zuge des Umbaus sollen 94 Radabstellplätze in abschließbaren Käfigen entstehen. „Die Radkäfige haben sich im Parkhaus auf der Ostseite des Bahnhofs mehr als bewährt“, sagt Michael Fleischmann. „Gut ist auch, dass es mehr Abstellplätze für Räder geben wird. Denn die vorhandenen Plätze reichen bei weitem nicht mehr aus. Immer mehr Burgdorferinnen und Burgdorfer fahren mit dem Rad zum Bahnhof, um danach in die S-Bahn nach Hannover zu steigen.“

Auf dem Rücken der Eltern: Kita-Gebühren schon wieder gestiegen



Wieder einmal sind in Burgdorf zum 1. August dieses Jahres die Kindergarten-, Hort- und Krippen-Gebühren gestiegen. So vom Jugendhilfeausschuss der Stadt einstimmig beschlossen. LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann konnte nicht dagegen stimmen, weil er als Einzelkämpfer nicht dem Jugendhilfeausschuss angehört. Die Gebühren wurden auch schon zum 1. August des vergangenen Jahres angehoben.

fast jedes Jahr die Gebühren für die Kinderbetreuung angehoben. Es begann, als die Gebühren für Kindergärten, Hort und Krippen zum 1. August 2011 um drei Prozent aufgesetzt wurden. Eine weitere Anhebung um zwei Prozent trat zum 1. August 2013 in Kraft.

Eltern müssen für Dumpingbetreuung zahlen

Die Stadt weigert sich nach wie vor, eine dritte qualifizierte Betreuungskraft in den Krippengruppen der Burgdorfer Kindergärten einzustellen. Viele andere Städte und Gemeinden in der Region Hannover leisten sich zumindest eine halbe Stelle zwischen 9 Uhr und 12.30 Uhr, ohne dafür die Gebühren zu erhöhen. Anders in Burgdorf: Der Jugendhilfeausschuss beschloss, Minijobber, die meist nicht für die Aufgabe qualifiziert sind, nur für täglich zwei Stunden als Drittkraft zu beschäftigen. Die Burgdorfer Eltern müssen diese Dumpingbetreuung auch noch zur Hälfte bezahlen.

Damit müssen die Eltern weitere, zum Teil drastische Gebühren-Steigerungen verkraften. Das ist auch deshalb der Fall, weil unabhängig von der Betreuungszeit derselbe Gebühren-Stundensatz gilt. Früher wurde die Betreuung umso günstiger, je mehr Stunden die Kinder täglich in der Einrichtung waren.

Seit 2011 fast jedes Jahr an Gebührenschraube gedreht

Der Jugendhilfeausschuss hat seit 2011

Grundsteuer im fünften Jahr in Folge angehoben

Durch Beschluss von SPD und Grünen sind auch dieses Jahr und damit im fünften Jahr in Folge die Grundsteuern in Burgdorf gestiegen. Dieses Mal um 6,89 Prozent, nach einer Erhöhung um 2,4 Prozent im vergangenen Jahr. Die Grundsteuer legen die Vermieter/innen auf die Nebenkosten um, sodass die Mieten wieder steigen. Die Nebenkosten betragen nach Berechnungen des Mieterbundes inzwischen fast ein Drittel der gesamten Mietkosten.

Der ärmerer Teil der Bevölkerung könne sich auf die höheren Kosten gar nicht einstellen.

Hintergrund für die seit 2011 jährliche Erhöhung der Grundsteuern und die fast jährliche Erhöhung der Kita-Gebühren sind Prestigeprojekte. Beispiele sind der Straßenumbau in der Innenstadt, das überzogene große Gewerbegebiet Nordwest, das auch mit der Hälfte der Fläche ausgekommen wäre, oder die „Verschönerung“ des Stadtparks. Dafür musste sich die Stadt hoch verschulden. Nur DIE LINKE im Rat hatte mit Verweis auf die leeren Kassen der Stadt gegen diese Vorhaben gestimmt. Die Stadt muss die Kredite abtrottern. Das Geld dafür müssen die Burgdorfer/innen durch höhere Steuern, Abgaben und Gebühren aufbringen. So vom Rat im sogenannten Haushaltssicherungskonzept gegen die Stimme der LINKEN beschlossen.

Vor allem Mieter und Eigenheimbesitzer mit kleinen Budgets werden belastet

„Viele Menschen mit geringem Einkommen haben Probleme, die steigenden Nebenkosten zu bezahlen“, warnte Michael Fleischmann (Linke) im Rat. Auch die Caritas schlägt Alarm. Die drastisch steigenden Nebenkosten würden zu einem immer größeren Problem in den Beratungsstellen, heißt es.

Entscheidung über Steuern, Abgaben, Zuschüsse und Umlagen (Einkommen, Grundsteuer)

Erhöhung der Grundsteuer im Vergleich mit den Ergebnissen der Haushaltsrechnung des Jahres 2013

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Grundsteuer A	138	146	144	151	157	157
Grundsteuer B	4.989	4.989	4.748	4.840	5.157	5.571
Gesamtertrag	5.127	5.135	4.892	4.991	5.314	5.728
Gemeindeanteil Einkommensteuer	11.104	11.641	12.271	12.811	13.509	14.229
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	698	616	636	654	673	694
Ergänzungsteuer	284	309	284	295	297	299
Grundsteuer	132	138	134	138	138	135
Umsatzsteuer	7.659	7.557	8.378	7.950	8.268	8.571
Zuschüsse für Aufgaben des eigenen Wirkungsbereichs	744	759	766	786	802	817
Zuschüsse für Aufgaben des öffentlichen Wirkungsbereichs	31.555	31.852	32.848	34.659	35.538	36.417
Zuschüsse für Aufgaben des öffentlichen Wirkungsbereichs	1024	900	885	1.032	987	987
Umsatzumlage	11.615	11.335	11.542	11.939	12.416	12.893
Grundsteuerumlage	57	57	57	57	57	57
Zuschüsse	12.696	12.292	12.484	13.028	13.460	13.892
Gesamt	18.859	19.560	20.364	21.631	22.078	22.078

- 2012 und 2013 vorl. Rechnungsergebnisse; 2014 bis 2018 Ansätze

Fehlerhaft angelegte Radwege



So wie hier in der Immenser Straße enden viele Schutzstreifen für Radler/innen abrupt. Ein zusammenhängendes Radwegenetz wie in niederländischen Städten sucht man in Burgdorf vergebens.

Die Stadt Burgdorf achtet beim Bau neuer Radwege und beim Anlegen von Radfahrstreifen und Schutzstreifen auf Fahrbahnen nicht darauf, dass wie in den Niederlanden ein zusammenhängendes Radwegenetz entsteht. Vieles bleibt Stückwerk. Außerdem werden zum Teil gefährliche Situationen für Radler/innen geschaffen.

Immer wieder beginnen Schutzstreifen für Radler irgendwo und enden abrupt, wie etwa auf der Immenser Straße in Höhe Rubensplatz. Weitere Beispiel: Vor dem Celler Tor in Höhe Hannoversche Neustadt müssen Radler/innen vom Schutzstreifen auf den Bürgersteig wechseln, um weiter in Richtung Schützenplatz fahren zu können. Oder sie werden wie in Heeßel am Ortsausgang

in Richtung Burgdorf vom Schutzstreifen auf der südlichen Straßenseite auf den Radweg der nördlichen Straßenseite geleitet, was mit entsprechenden Gefahren verbunden ist.

Vor dem Hintergrund dieser Fehlplanungen wollte DIE LINKE von der Stadt in einer Ratsanfrage wissen, ob die beschriebenen Fehler behoben werden und in Zukunft besser geplant und gebaut wird. „Da es sich hier um keine Fehlplanungen handelt, sehe ich keine Notwendigkeit, die Planungen zu ändern“, antwortete Bürgermeister Alfred Baxmann (SPD) und legte nach: „Weitere Radverkehrsplanungen werden wie bisher ausgeführt.“

„Die wollen doch nur in die soziale Hängematte ...“

Über den richtigen Umgang mit Flüchtlingen

Uetze.

In der Gemeinde entwickelt sich ein beispielgebender Ansatz, um Jugendliche mit Migrationshintergrund in Arbeit zu bekommen. Fast täglich berichten die Medien über Klagen kleiner und mittelständischer Unternehmen über fehlende Arbeitskräfte in der ländlichen Region. Gleichzeitig häufen sich Berichte von Flüchtlingen über Probleme, am gesellschaftlichen Leben in Deutschland teilnehmen zu können. Die Migrant(inn)en stehen vor großen Hürden, den Weg in den deutschen Arbeitsmarkt zu finden. Nach der jüngsten Statistik aus dem vergangenen Jahr sind 19,5 Prozent aller Flüchtlinge zwischen 15 und 24 Jahre alt, 23,5 Prozent sind zwischen 25 und 29 Jahre alt. Zugleich haben viele, besonders junge Frauen, aber auch junge Männer aus entwicklungsschwachen Regionen der Krisen- und Kriegs-Gebiete keinen Schulabschluss. Die jungen Männer und Frauen leiden unter dem Spagat zwischen dem Willen zu lernen und dem Drang zu arbeiten, um wieder selbst ihr Leben gestalten zu können. Sie müssen aber warten, können sich nicht verständigen und sind hilflos. Deutschkurse sind natürlich der erste, aber bei weitem nicht ausreichende Schritt.

Aufbauend auf den Erfahrungen des Ausbildungsverbundes pro regio e.V., einem vor 15 Jahren gegründeten Zusammenschluss von Kommunen des Ostkreises und Unternehmen aus der Region, hat sich ein neuer Verein gegründet. Die Landungsbrücke e.V. hat das Ziel, die jugendlichen Flüchtlinge auf dem Weg in Ausbildung und Beruf zu unterstützen, Hemmnisse bei Ausbildung und Arbeitstätigkeit zu erkennen und zu beseitigen sowie die gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Ist die Ausbildungs- und Arbeitsfähigkeit erlangt wird der Verbund pro regio e.V. die weitere Betreuung des beruflichen Werdegangs der Flüchtlinge übernehmen und sein in jahrelanger erfolgreicher Arbeit aufgebautes Netzwerk einsetzen.

Die Gemeinde Uetze zeigt, wie es professionell laufen kann, wenn sich alle Beteiligten schnell an einen Tisch setzen, Aktivitäten koordinieren und gemeinsame Lösungswege suchen. Die Landungsbrücke e. V. bittet ausdrücklich um Mitarbeit.

Baden im See oder verweilen am Wasser in freier Natur? Fehlanzeige in Burgdorf!



Auch Hunde hatten vor dem Betretungs- und Bade-Verbot ihren Spaß am Cewe-Teich.

Wer diesen Sommer gern in einem See baden wollte, konnte das nur noch außerhalb von Burgdorf tun. Im Burgdorfer Land ist kein Baden oder Verweilen am Wasser in der Natur mehr möglich. Alle Seen um Burgdorf herum sind mittlerweile privatisiert. Teilweise überwachen Wachdienste das Betretungs- und Badeverbot. Vor allem Anglervereine haben die Gewässer, etwa den Ahrbecker See, erworben. Das war früher einmal anders: Nicht nur der Ahrbecker See wurde reichlich von der Bevölkerung zum Baden und für andere Freizeitaktivitäten genutzt.

„Stadt sollte See oder Teil davon erwerben oder pachten“

Um diese wichtige Naherholungsfunktion wieder herzustellen, beantragte DIE LINKE im Rat, dass die Stadt einen See oder einen Teil davon erwirbt oder pachtet. Weitere Forderung: Will die Region als zuständige Behörde eine neue Kies-Abbaugenehmigung erteilen, soll sich die Stadt dafür einsetzen, die Genehmigung an eine spätere Nutzung oder Teilnutzung als Badesee für die Bevöl-

kerung zu binden. „Nicht alle Burgdorferinnen und Burgdorfer wollen oder können das künstliche Freibad mit seinen hohen Eintrittspreisen ansteuern“, betonte Fleischmann im Bauausschuss der Stadt. „Mit dem Kauf oder der Pachtung eines Sees oder eines Teils davon kann die Stadt die Attraktivität Burgdorfs als Wohn- und Freizeitstandort steigern.“

Ratspolitiker/innen sehen keinen Handlungsbedarf

Das Betretungs- und Bade-Verbot ist zum Teil auch auf Fehlverhalten von Besucherinnen und Besuchern zurückzuführen. Ein Beispiel dafür ist der Cewe-Teich in Richtung Immensen. Wäre dieser See zumindest zum Teil im Eigentum der Stadt - etwa ein nicht mehr für den Kiesabbau genutzter Bereich - könnte die Stadt statt eines strikten Bade- und Betretungs-Verbots andere Maßnahmen einleiten. „Diese könnten unerwünschte und gefährdende Nutzungen unterbinden und zugleich die allgemeine Zugänglichkeit für die Bevölkerung sicherstellen“, sagte Fleischmann im Bauausschuss. Trotzdem lehnten alle anderen Parteien seinen Antrag mit falschen Argumenten ab. Beim Baden im See könne man zu Tode kommen, meinte etwa SPD-Ratsherr Hans-Dieter Morich.

„Beim Ausbau der Windkraft Gesundheitsschutz beachten“



Windräder bei Ehlershausen. Sie sollen wie andere bestehende Anlagen durch 200 Meter hohe Windflügel ersetzt werden.

Stadt und Region wollen in Burgdorf mehr Windkraftanlagen aufstellen. Diese sollen 200 Meter hoch sein. Die bisherigen Rotoren will man durch die höheren leistungsstärkeren ersetzen. DIE LINKE begrüßt zwar grundsätzlich den Ausbau der Windenergie im Zuge der Energiewende, mahnt aber den vorsorgenden Gesundheitsschutz an. Die bisher geplanten Abstände von 800 Metern zu Siedlungen und 400 Metern zu einzelnen Häusern sind nach Auffassung der LINKEN zu wenig. Vorstandmitglied Christine Gross verweist auf mögliche, bisher nicht geklärte Gefahren durch Infraschall. Es handelt sich um tiefe unhörbare Schallwellen, die

wie übriger Lärm in Verdacht stehen, Krankheiten wie Bluthochdruck und Diabetes zu erzeugen. In Dänemark, dem Pionierland der Windenergie, sind deshalb Ausbauvorhaben vorerst auf Eis gelegt worden, bis Untersuchungsergebnisse vorliegen. DIE LINKE verlangt vor diesem Hintergrund wie in Dänemark ein befristetes Ausbaumoratorium oder wie in Bayern einen Abstand von 2.000 Metern zur Wohnbebauung. Im letzten Fall wären geplante zusätzliche Windkraftstandorte bei Dachtmissen, Hülptingsen und Otze vom Tisch.

Trinkwasservergiftung: Stadt kennt Verursacher, aber zieht ihn nicht zur Verantwortung / Burgdorfer müssen stattdessen höhere Wasserpreise bezahlen



Die Brunnen des Burgdorfer Wasserwerks sind als Trinkwasserschutzgebiet ausgewiesen, nicht aber das Areal rund ums Wasserwerk.



Die Bahngleise führen gerade einmal 50 Meter an den Wasserbrunnen vorbei. Früher setzte hier die Bahn das Nervengift Ethidimuron gegen unerwünschte Pflanzen ein.

Seit Großfilter das Burgdorfer Trinkwasser filtern müssen, weil es das Nervengift Ethidimuron enthält, ist der Wasserpreis für die Burgdorfer/innen gestiegen. Bürgermeister und Verwaltung versuchen bisher nicht, den mittlerweile identifizierten Verursacher in Haftung zu nehmen, damit der Wasserpreis wieder sinken kann. Das ergab eine Ratsanfrage der LINKEN. Wer der Verursacher ist, wollte der Bürgermeister nicht verraten.

Die Deutsche Bahn steht in dringendem Verdacht, für die Vergiftung verantwortlich zu sein. Das Verkehrsunternehmen verwendete das Nervengift bis 1989 auf seinen Gleisanlagen, um den Schotter von Pflanzen freizuhalten. Die Bahngleise sind in Burgdorf in unmittelbarer Nähe des Wasserwerks und damit im Einzugsbereich der Trinkwasserbrunnen verlegt. Die räumliche Verteilung der Ethidimuron-Funde weist klar auf die Bahn als Verursacher hin, betonen Fachleute. „Die Bürgerinnen und Bürger dürfen deshalb von der Stadt und den Stadtwerken einen deutlich wahrnehmbaren Einsatz bei der Durchsetzung des Verursacherprinzips erwarten - und das heißt, die Bahn in Haftung zu nehmen“, fordert Ratsherr Michael Fleischmann.

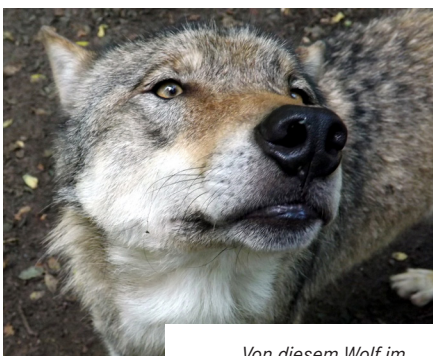
Immer noch keine Trinkwasserschutzzone rund ums Wasserwerk

Stadt und Bürgermeister weigern sich

trotz dieser schweren Trinkwasservergiftung immer noch, sich bei der Region als zuständiger Behörde für längst überfällige Trinkwasserschutzzone um das Burgdorfer Wasserwerk einzusetzen. Handlungen, die das Trinkwasser gefährden oder sogar vergiften, wären dann in Zukunft verboten. Wie etwa das Spritzen eines Herbizids im Bahnhofsbereich. Stark vertrocknetes Gras zwischen Gleisen und Rückwand der Radabstellanlage auf der Bahnhofswestseite ist dafür immer wieder ein sicherer Indikator. Die Verwaltung spricht zur Begründung davon, dass „wirtschaftliche und finanzielle Aspekte mit Aspekten des Grundwasserschutzes in Einklang“ gebracht werden müssten. Da gebe es keine Abwägungen, entgegenen Fachleute. Das Wasserhaushaltsgesetz sei eines der schärfsten Gesetze, die es gibt. Grundwasser müsse geschützt werden.

Dann behauptet der Bürgermeister, die Ausweisung von Trinkwasserschutzzone sei mit erheblichen Kosten verbunden. „Das ist grober Unfug“, sagt Michael Fleischmann. „Die Ausweisung von Trinkwasserschutzzone bedingt nur eine einmalige Ausgabe von einigen tausend Euro - mehr nicht. Das kann man problemlos auf die vielen Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler umlegen, sodass der Wasserpreis kaum beeinflusst wird. Um ein x-faches schlimmer wiegt die Schadensbegrenzung im Schadensfall, wie man das an der aktuellen Grundwasservergiftung sehen kann.“

Der Wolf kehrt zurück



Von diesem Wolf im Wolfscenter Dörverden geht mit Sicherheit keine Gefahr aus.

Er gilt nicht nur wegen diverser Märchen als hochgefährlich und unberechenbar. Teile der Medien und der Jägerschaft machen zusätzlich Stimmung und fordern, das Tier zum Abschuss freizugeben. Aber ist der Wolf wirklich so gefährlich, wie es immer heißt? Und was ist mit dem Schutz von Nutztieren? Lesen Sie dazu Zahlen, Daten, Fakten, die Christine Gross, Tierschützerin und stellvertretende Vorsitzende der LINKEN in Burgdorf, in viel Kleinarbeit zusammenge-

stellt hat. Sie weist nach, dass „Rotkäppchen und der böse Wolf“ oder „Der Wolf und die sieben Geißlein“ tatsächlich nur Märchen sind, die nichts mit der Realität zu tun haben. Vielmehr ist die Rückkehr des Wolfes wichtig für das Ökosystem. Übergriffe auf Nutztierherden lassen sich verhindern. Mehr dazu auf unserer Internetseite www.die-linke-burgdorf.de. Klicken Sie dann auf die Schaltfläche mit dem Wolfskonterfei.